

Jahresrückblick 2017 der nationalen Plattform zu den Sans-Papiers

Die Sitzungen der Plattform waren im vergangenen Jahr sehr gut besucht und es fanden immer wieder lebhaftere Diskussionen statt. An Themen fehlt es uns nie!

Das Jahr 2017 begann für die Plattform mit einer anfänglichen Enttäuschung und einer grossen Überraschung. Unser jährliches Gespräch mit dem SEM, erstmals mit der Vizedirektorin Cornelia Lüthy, verlief zunächst ernüchternd. Wir wussten damals nicht, dass hinter den Kulissen die Aktion Papyrus in Genf bereits voll im Gange war und kurze Zeit darauf zum Vorbild für andere Kantone genommen werden konnte. Die vereinfachte Härtefallregelung ist ein altes Anliegen der Plattform und ist in Genf in Zusammenarbeit mit dem Bund endlich zum Durchbruch gekommen. Die Genfer Aktion wurde nun zum Anstoss für politische Initiativen in anderen Städten mit (noch) unterschiedlichem Erfolg.

Auch die zuständige **Bundesrätin Simonetta Sommaruga** hiess uns zu einem Treffen in kleiner Runde willkommen.

Im Februar 2017 kündigte der Kanton Genf die **Opération Papyrus an**. Dieses Pilotprojekt will Personen ohne legalen Status, die seit vielen Jahren im Kanton Genf leben, wohnen und gut integriert sind ein Aufenthaltsrecht gewähren. Die Opération Papyrus hat ausserdem zum Ziel, jene Sektoren des Arbeitsmarktes zu enttarnen (Schwarzarbeit!), in denen viele Personen ohne gültigen Aufenthaltsausweis beschäftigt sind. Es sollen dort verstärkt Arbeitsmarktkontrollen durchgeführt werden. Da objektive Kriterien und ein vereinfachtes Verfahren geschaffen wurden, dürfte diese Aktion zahlreichen Personen den Zugang zu einem geregelten Status ermöglichen und ihnen erlauben, ihre Rechte zu verteidigen. Obwohl sie nicht perfekt ist – die Kriterien für eine Regularisierung über die Opération Papyrus sind sehr strikt -, zeigt die Opération Papyrus auf, dass pragmatische Lösungen existieren und rasch umsetzbar sind. Genauere Informationen sind zu finden auf der Website www.sans-papiers.ch – Anlaufstelle Genf.

2017 war auch das Jahr der grossen Schikanen gegenüber langanwesenden abgewiesenen Asylsuchenden, den sogenannten Nothilfeempfangenden. In Zürich beispielsweise wurden für abgewiesene Asylsuchende neue freiheitsbeschränkende Massnahmen eingeführt (Eingrenzungen, Meldepflicht 2x im Tag); in Basel wiederum wurde für frisch legalisierte Sans-Papiers Strafverfahren angestrengt. Beides führte zu Widerstandsaktionen an der Basis. Die Plattform dient dabei als wichtige Austauschstelle für unterschiedliche Erfahrungen.

In verschiedenen Städten wird das Konzept **Urban Citizenship** bzw.

StadtbürgerInnenschaft verfolgt. Dieses Konzept, das bereit in Städten wie Neu York realisiert wurde, knüpft das Recht auf Rechte und Zugang zu Ressourcen an den Lebensmittelpunkt der StadtbewohnerInnen – und nicht an deren Herkunft oder Aufenthaltsstatus. Alle Menschen, die zusammen an einem bestimmten Ort leben und dort am Alltag partizipieren, sollen auch die gleichen Rechte und den gleichen Zugang zu Ressourcen haben. Es geht um rechtliche, soziale, politische und kulturelle Teilhabe aller BewohnerInnen einer Stadt. Ein Instrument, welches hierzu hilfreich sein könnte, ist die sogenannte **CityCard**, deren Einführung vor allem in Zürich und Bern zurzeit intensiv verfolgt wird. Es geht dabei um eine städtische Karte, die es

allen BewohnerInnen ermöglichen soll, sich unabhängig vom Aufenthaltsstatus bei Bedarf auszuweisen. In Zürich und Bern werden diesbezüglich Abklärungen gemacht, Gespräche mit den zuständigen Behörden und PolitikerInnen geführt, öffentliche Veranstaltungen organisiert und in Zürich besteht bereits ein Verein Züri City Card. Im Mai hat die Plattform zu den Sans-Papiers die **Broschüre „Keine Hausarbeiterin ist illegal“** in deutscher Sprache herausgegeben. Als Autorin zeichnete Julia Egenter, die Redaktion besorgten Elisabeth Joris und Bea Schwager, gestaltet wurde die Broschüre von Florian Albrecht. Die Zusammenarbeit erwies sich als höchst erfreulich. Die Broschüre adressiert sich an eine breitere Öffentlichkeit, um sie über ein kaum wahrgenommenes Thema aufmerksam zu machen. Sie informiert über die ungefähre Zahl der in Privathaushalten beschäftigten Frauen ohne regularisierten Aufenthalt, über deren Arbeitsbedingungen und über die gesellschaftspolitischen Hintergründe als auch Änderungsmöglichkeiten. Dazu greift sie den Faden der vorangehenden Kampagne wieder auf und verweist dabei über die von der Schweiz mit unterzeichnete „ILO-Konvention für menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte“, die ausnahmslos für alle gültig ist und daher auch arbeitsrechtlichen Schutz für die Sans-Papiers einfordert. Die Broschüre adressiert sich zudem direkt an Sans-Papiers Hausarbeiterinnen, verweist auf Anlaufstellen, die ihnen zum Recht verhelfen können, und zeigt ArbeitgeberInnen Wege, wie sie bereits unter den heutigen Umständen ihre Verantwortung wahrnehmen können. Inzwischen ist die Broschüre auch auf **Französisch** erschienen. Thérèse Thévenaz, Armin Murmann und Laetitia Carreras aus Genf leisteten die anspruchsvolle Übersetzungsarbeit unentgeltlich. Für die Produktion der deutschen und der französischen Ausgabe konnten viele Spenden bei Stiftungen und Organisationen eingeholt werden, womit die Ausgaben weitgehend gedeckt sind. Den Spendenden sei hier nochmals gedankt.

2017 war für die Plattformteilnehmenden mit **fünf Sitzungen** ein arbeitsintensives, aber sehr spannendes Jahr. Neu haben wir einen **fixen Austauschteil** der Sitzung zu bestimmten Themen eingeführt, so z.B. zum Thema Aktion Papyrus, Gesundheit, Krankenversicherung, Prämienverbilligung usw. Dabei wird vorgängig ein Fragenkatalog zusammengestellt, der von den Plattformvertreterinnen der verschiedenen Kantone beantwortet wird. Die verschiedenen Antworten werden dann miteinander verglichen. Zudem beschäftigte sich die Plattform auch mit aktuellen Vorstössen im Parlament. So forderte eine parlamentarische Initiative von SVP-Nationalrat Ulrich Giezendanner die Abschaffung der Krankenkassenpflicht für Sans-Papiers. An einer Plattformsitzung im Bundeshaus konnten die Anlaufstellen-Vertreterinnen anwesenden Nationalrätinnen und Nationalräten ihre Erfahrungen schildern und auf die Probleme hinweisen. Auch dank diesem Austausch konnte erreicht werden, dass die vorberatende Kommission für Soziales und Gesundheit (SGK) die parlamentarische Initiative abgelehnt hat.

Wir danken allen, die sich auch im Jahr 2017 auf vielfältige Art und Weise für die Rechte der Sans-Papiers in der Schweiz engagiert haben.